

enkasse
Calw.
erten!
Einrichtungen
nen unge-
it.
nur möglich,
Familien-
erer Fürjorge-
ben!
gabe, unseren
astlicher Nöten
erlangen dafür
allen Gebieten

geber
und Invaliden-
an unsere

Artikel V
Gesetzes vom
ren, auch ohne
die verfallenen
öhren, der dem
regelmäßig ver-
ungskosten am
g der Einzah-

morgens
geöffnet.
5 bis 6 Uhr
nft eingerichtet.
ene große Ge-
ter: Prof.

eltheater
her Hof.
onnerstag
8 Uhr
r der
nkrone
nis der Santa
6 Akte.
rogramm.

n trüchtige
f-Ruh
kauf
Simmozheim.

NIE
INC
OD-
A
SW.
und
ende
seal.
ipfor

DRK
NIE
at.

ittgart
und gut.
Leber-
str. 91

Calmer Calwblatt

Nr. 250 Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 Pf., Familienanzeigen 25 Pf., Reklamen 200 Pf. x Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.
Donnerstag, den 25. Oktober 1923.
Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 110000000 Pf., wöchentlich. Postbezugspreis 110000000 Pf., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 20000000 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Auf Antrag des württembergischen Staatspräsidenten fand gestern in Berlin eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder und deren Gesandten statt. Die Vertreter der Länder stellten sich bezüglich des Konflikts zwischen Reichsregierung und bayerischer Regierung einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung.

In der Pfalz wurde als Gegenzug gegen die Haltung der bayerischen Regierung — anscheinend von sozialdemokratischer Seite — der Versuch gemacht, die Pfalz als autonomen Staat innerhalb des deutschen Reiches zu erklären, das Land also von Bayern abzutrennen. Der pfälzische Kreistag lehnte jedoch einmütig, also mit Zustimmung der Sozialdemokraten, diesen Schritt ab. Die Tat wäre auch gerade so unpolitisch und reichshühnigend gewesen wie jede andere partikularristische Bestrebung.

Ein Teil der bayerischen Reichswehr hat es abgelehnt, die eidliche Verpflichtung gegenüber der bayerischen Regierung abzulegen, unter dem Hinweis darauf, daß die Truppe schon auf das Reich vereidigt sei.

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission ein Schreiben gerichtet, in welchem sie unter Hinweis auf die Bestimmungen des Versailler Vertrags um Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands ersucht, zwecks Feststellung seiner Zahlungsfähigkeit. Bemerkungen seitens Deutschlands zu den belgischen Reparationsvorschlüssen werden demnächst erfolgen.

Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung werden heute mit den Vertretern der besetzten Gebiete zusammentreffen, wobei der Reichskanzler wahrscheinlich über die innere Lage und die Reparationsfrage sprechen wird.

Da die Franzosen sich auf keine Einigung mit den Ruhrindustriellen eingelassen haben, sollen am Montag sämtliche Zechen geschlossen werden.

Der Putschversuch im Rheinland scheint an Bedeutung vollkommen verloren zu haben.

Der englisch-südafrikanische General Smuts hat wieder eine Rede gehalten, in der er die französische Gewaltpolitik und ihre Gefahren für Europa rücksichtslos enthüllt und Revision des Versailler Vertrags fordert. Die Rede ist sehr schön, leider nur graue Theorie, die wir von englischer Seite nun bis zum Ueberdruß gehört haben. Den Genuß der Rede müssen wir leider auf morgen verschieben.

Bayern und das Reich. Stellungnahme der Ministerpräsidenten der Länder.

Die Vertreter der Länder auf Seiten der Reichsregierung.

Berlin, 25. Okt. Der Antrag Württembergs auf Besprechung der bayerischen Frage in einer Sitzung der stimmberechtigten Mitglieder des Reichsrates, die daraufhin auf gestern nachmittag 5 Uhr angesehen worden war, wurde im Laufe des gestrigen Nachmittags zurückgezogen. Anstelle der geplanten Reichsrats-sitzung fand auf Grund eines neuerlichen Antrags Württembergs eine Sitzung der Ministerpräsidenten und der Gesandten der Länder in der Reichskanzlei statt. Der bayerische Gesandte Dr. von Preger legte die bayerische Auffassung über die Entstehungsgeschichte und die Entwicklung des mit der Verhängung des bayerischen Ausnahmezustandes und der Ernennung des Generalkommissars v. Raahr begonnenen Konflikts zwischen Bayern und dem Reich in ausführlicher Rede dar und brachte daran anschließend zum Ausdruck, daß Bayern durchaus reichstreu sei, daß es aber den Wunsch nach einer Milderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens in der Reichsverfassung habe, der der Grund von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei. Darnach ergriff Reichskanzler Dr. Stresemann im Namen der Reichsregierung das Wort und legte die Gründe dar, die den Reichspräsidenten und die Reichsregierung veranlaßt hätten, noch am Tage der Ver-

hängung des bayerischen Ausnahmezustandes den Reichsausnahmezustand zu erklären. Die Ernennung einer Persönlichkeit wie des Herrn v. Raahr zum Generalkommissar in Bayern habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in anderen Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewaltschritten geneigt haben würden. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmezustand als Vorbeugungsmittel entgegen-gestellt worden. Der Reichskanzler ging dann seinerseits ausführlich auf die Entwicklungsgeschichte des Konflikts zwischen Bayern und dem Reich ein und hob bei aller Würdigung der Schwierigkeiten der bayerischen Regierung hervor, daß die Reichsregierung in ihrem Bestreben nach einer Beilegung des Konfliktes bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei. Ebenso wie der Gesandte Bayerns den Wunsch zum Ausdruck gebracht habe, einen Weg zur Beilegung des Konfliktes zu finden, ebenso wünsche die Reichsregierung, daß es gelingen möge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. Zu dem von dem Gesandten v. Preger vorgebrachten Vorschlag Bayerns nach einer Herabminderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens wies der Reichskanzler betreffend Erweiterung der Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellem und steuerlichem Gebiet hin. Bayern stehe es frei, weitere Anträge in dieser Richtung zu stellen und es sei sehr wohl möglich, daß es dabei auf die Zustimmung anderer Länder rechnen könne. Die Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. In einer längeren Besprechung vereinbarten die Ministerpräsidenten und Gesandten eine einstimmig angenommene Erklärung, die der württembergische Staatspräsident Dr. v. Hieber zur Verlesung brachte: Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfrage für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler hatten die Vertreter der Länder es als erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinne einer größeren Selbstständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden. Im Anschluß hieran gab Staatspräsident Dr. v. Hieber dem Wunsche Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um schnellstens wieder normale Verhältnisse herbeizuführen. Der Reichskanzler erklärte die Bereitwilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern eine Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten und die Frage der größeren Selbstständigkeit zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgendetwie gestatten, den Reichsausnahmezustand vollkommen aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln. Zum Schluß der mehrstündigen Beratung dankte der Reichskanzler dem Staatspräsidenten Dr. v. Hieber für die Initiative zu einer Zusammenkunft der Staats- und Ministerpräsidenten und der Gesandten der Länder, für die, wie er hoffe, erfolgreiche Mitwirkung zu der von dem deutschen Volk ersehnten Wiederherstellung einer völligen Einheit des Reiches und seiner Glieder und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichstreue Bayerns und seiner Staatsmänner die notwendige baldige Verständigung mit herbeiführen helfe.

Ein Teil der bayerischen Truppen lehnt die Verpflichtung für die bayerische Regierung ab.

Berlin, 25. Okt. Nach einer Mitteilung einer sozialdemokratischen Korrespondenz aus München hat ein Teil der bayerischen Truppen in München und anderen Standorten die Verpflichtung für die bayerische Regierung abgelehnt mit der Begründung, daß der Eid auf die Reichsverfassung geleistet sei und für die Truppen nach wie vor die Verpflichtung bestehe, an diesem Treuschwur festzuhalten. Dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeresleitung sind aus Bayern, insbesondere von Reichswehrsoldaten, zahlreiche Treueerklärungen zugegangen.

Die Demokraten gegen Zugeständnisse an Bayern.

Berlin, 24. Okt. „B. Z. am Mittag“ hat der Vorstand der demokratischen Reichstagsfraktion die Abgeordneten Koch und Erkelenz beauftragt, den Reichskanzler davon in Kenntnis zu setzen, die demokratische Partei fordere dringend, daß das Reich in der bayerischen Frage seine Autorität wahre und daß nach ihrer Ansicht von einer Ver-

fassungsänderung, wie sie als Gegenstand der heutigen Reichsrats-sitzung erörtert worden ist, nicht die Rede sein könne.

Das Reparationsproblem. Die Bedingungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie.

Ablehnung durch die deutsche Regierung.

Berlin, 23. Okt. Eine Havasmeldung berichtet in den letzten Tagen, daß Ende der vorletzten Woche zwischen der französisch-belgischen Regie und Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltung Verhandlungen eingeleitet worden seien über die Fragen, die sich auf die Wiederaufnahme der Arbeit des Eisenbahnpersonals und auf die Wiederaufnahme des Betriebs zwischen dem unbefetzten und dem besetzten Gebiet bezögen. Im Einverständnis mit dem Präsidenten der interalliierten Rheinlandkommission, Tirard, sowie General Degoutte, seien in diesen beiden Fragen gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden. — Wie wir von zuständiger Seite hören, haben in der Tat in der vorletzten Woche in Mainz derartige Besprechungen stattgefunden. Der Verkehrsminister erachtete es nach Beendigung des passiven Widerstands für seine Aufgabe, alsbald mit der Regie Fühlung zu suchen, sowohl im Interesse des deutschen Eisenbahnpersonals, als auch namentlich im Interesse der Wirtschaft der besetzten Gebiete. Diese Besprechungen mit der Regie wurden unter der ausdrücklichen Voraussetzung eingeleitet, daß in der Bereitwilligkeit zu einer persönlichen Aussprache keine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der bestehenden Regie liegen könne. (Diese deutsche Auffassung muß auch gegen die Behauptungen der englischen Presse hervorgehoben werden.) Ferner wurde betont, daß es sich lediglich um einen modus vivendi handle, durch dessen Vereinbarung von den Eisenbahnverwaltungen der entscheidenden Frage der künftigen Gestaltung der Eisenbahnen der besetzten Gebiete nicht vorgegriffen werden dürfe. Der Leiter der Regie erklärte sich mit dieser Vorbedingung einverstanden. Es wurde aber im weiteren Verlauf der Unterredung von der Regie eine Reihe von Bedingungen gestellt, die, wie von den Vertretern der Reichsbahn von Anfang an betont wurde, den Boden der vorläufigen Vereinbarung zur Wiederaufnahme des Betriebs verlassen und die auch der Entscheidung über das Reparationsproblem vorgreifen. Die deutsche Eisenbahnverwaltung sollte ihre Hand bieten zur Einrichtung eines neuen, völlig selbständigen Eisenbahnetzes, das sich auch noch auf die im unbefetzten Gebiet liegenden Strecken Emmerich—Wesel u. Gernsheim—Worms erstrecken sollte. Ferner sollte, und das ist besonders bezeichnend für die französischen Absichten, auch die in der britischen Besatzungszone gelegenen Linien der Regie übergeben werden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung sollte ferner die Verpflichtung übernehmen, auf ihre Kosten die festen Anlagen der Regie wieder instand zu setzen, die Vorräte, insbesondere die Kohlenvorräte, auf eine normale Höhe zu bringen und den gesamten Lokomotiven- und Wagenpark des Reiches unter den von der Regie einseitig näher festzusetzenden Bedingungen nach Zahl und Güte wieder herzustellen. Auch wurde verlangt, daß der Regie Räume zur Verfügung zu stellen seien, um ihre Generaldirektion und ihre neutralen Dienststellen unterzubringen. Die Regie beanspruchte das Recht, die Tarife in Frankowährung neu und nach eigenem Ermessen aufzustellen und gemeinsame Tarife mit der deutschen Eisenbahn- und anderen Nachbarverwaltungen zu vereinbaren. Sie erklärte endlich, ihr Recht bei den verschiedenen internationalen Eisenbahnverbänden sowie bei den Zentralämtern, wie z. B. dem Berner Eisenbahnenzentralamt, als selbständige Verwaltung vertreten zu wollen. — Die Reichsregierung hat es abgelehnt, sich diesen Bedingungen zu unterwerfen, die den Rahmen einen modus vivendi bereits überschreiten und deren Annahme den Standpunkt der Regierung bei den künftigen Reparationsverhandlungen aufs schwerste beeinträchtigt hätte, weil an diesen Verhandlungen sich nicht nur die in der Regie vertretenen Mächte, sondern auch England und Italien, beteiligen. Die Reichsbahnen stellen im Reparationsproblem einen äußerst wichtigen Faktor dar. Die deutsche Regierung hat sich in ihrem Memorandum vom 7. Juni bereit erklärt, die deutschen Reichsbahnen als geschlossenes Ganzes

in den Dienst der Reparation zu stellen. Die Reichsregierung kann die schwersten Opfer, zu denen sie sich entschlossen hat, nur unter der Voraussetzung erfüllen, daß ihr die Reichsbahnen als wertvollstes Element der Wirtschaft unverlürzt zur Verfügung stehen. Sie konnte sich darum schon unter diesem Gesichtspunkt nicht damit einverstanden erklären, daß ihr einer der kostbarsten Teile der Reichsbahnen entzogen würde. Die Reichsbahnverwaltung ist aber heute noch durchaus bereit, die eingeleiteten Verhandlungen über die das Personal berührenden Fragen und über die Richtlinien zur schrittweisen Inangabe des Eisenbahnverkehrs fortzusetzen und stellt hierfür alle erforderlichen Kräfte und Unterlagen zur Verfügung. Auf ein in diesem Sinne an die Regie gerichteten Schreiben hat diese geantwortet, daß sie die Besprechungen als abgeschlossen betrachte, da ihre Forderungen nicht vorbehaltlos angenommen worden seien. Sie hat zugleich hervorgehoben, daß sie unter diesen Verhältnissen nicht in der Lage sei, den normalen Gesamtverkehr im besetzten Gebiet einerseits und mit den Nachbarverwaltungen andererseits wieder aufzunehmen.

Deutscher Antrag bei der Reparationskommission zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.

Berlin, 25. Okt. Am 24. Oktober ist der Reparationskommission in Paris folgende Note der deutschen Regierung übergeben worden: Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes die Reparationsleistungen an die an der Besetzung beteiligten Mächte eingestellt habe. Die Reparationskommission hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die früheren Anträge der deutschen Regierung auf eine Neuregelung der Reparationsfrage als hinfällig betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 in Kraft bleiben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung des besetzten Gebietes aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzugeben, und nachdem sie die im Zusammenhang damit erlassenen Verfügungen und Anweisungen ausgegeben hat, ist damit auch ihre Entscheidung über die Einstellung der Reparationsleistungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinfällig geworden. Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Vertrag von Versailles an diese Mächte wieder aufzunehmen. Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit dem Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Vertrag von Versailles erforderlich sind. Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Besetzung des Ruhrgebietes und der wirtschaftlichen und finanziellen Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrreviers von Deutschland eine grundlegende Aenderung in den Hilfsmitteln und der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Reparationskommission bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsverpflichtungen ihre tatsächliche Unfähigkeit erklären müssen, weitere Sachleistungen an die übrigen Mächte zu bewirken. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch tatsächlich außerstande, die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen. Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Art. 234 des Versailler Vertrages in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen, sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen. Die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank befreit ich mich hiermit zur Kenntnis zu bringen. Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission die Vorschläge der belgischen Regierung zur Regelung der Reparationen ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und zur Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationskommission demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Bevorstehende Zechenstilllegung im besetzten Industriegebiet.

Köln, 25. Okt. Wie der „Kölnischen Zeitung“ aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß vom kommenden Montag an alle Zechen im besetzten Industriegebiet ihre Tore schließen. Lediglich für die Notstandsarbeiten werden kleine Teile der Belegschaften weiter beschäftigt. Die übrige gesamte Belegschaft ist bei der Erwerbslosenfürsorge bereits angemeldet. Die Ursache zu diesem furchtbaren Schritt liegt in dem völlig ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen der Industrievertreter mit den französischen Behörden in Düsseldorf. In einer Bekanntmachung der Werke wird mitgeteilt, daß bei dem Mangel an Zahlungsmitteln und bei der Unmöglichkeit, die erforderlichen Kohlenmengen zum Abtransport zu bringen, es unmöglich sei, die Belegschaften noch weiter zu beschäftigen.

Noch keine deutsche Denkschrift bei der Reparationskommission.

Paris, 22. Okt. Wie Havas mitteilt, lag heute Vormittag der Reparationskommission entgegen ihrer Erwartung (?) die deutsche Denkschrift über die technischen belgischen Studien, mit denen sich der Finanzdienst der Repa-

rationskommission beschäftigte, noch nicht vor. — Havas will mit dieser Mitteilung den Anschein erwecken, als ob Deutschland keine Eile habe, die Reparationsfrage in Gang zu bringen, während tatsächlich Frankreich es ist, das den Beginn von Verhandlungen verschleppt.

Rücksprache der Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete.

Berlin, 24. Okt. Der Reichskanzler, die Reichsminister Sollmann und Fuchs und der preussische Ministerpräsident Brauns werden sich heute Abend nach Hagen in Westfalen begeben, um mit Vertretern der politischen Parteien und Berufsverbänden über die Lage in den besetzten Gebieten zu sprechen. Voraussichtlich werden die Herren in einer öffentlichen Versammlung in Hagen sprechen.

Versuch der Ausrufung einer autonomen pfälzischen Republik.

Abstich der Loslösung der Pfalz von Bayern.

Speyer, 24. Okt. Der heute früh um 11¼ Uhr zusammengetretene Kreistag der Pfalz unter dem Vorsitz des Dr. Bayersdorfer richtete die Bitte an General de Metz, daß die Gefangenen bald wieder freigelassen und die Ausgewiesenen ihrer Heimat zugeführt würden. Hierauf wurde dem Vertreter der Rheinlandkommission, Major Louis, folgende Erklärung abgegeben: In Anbetracht der gegenwärtigen Lage und um die allennotwendigsten materiellen Interessen der Bevölkerung nicht zu gefährden und in Anbetracht der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwidlung der Ereignisse gebildet worden. Dieser autonome Staat Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt, gegenüber der hohen Interalliierten Kommission mit ihr in Gegenwart und Zukunft in vollster Loyalität zur Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, welche zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der notwendigen Sicherheit Frankreichs erforderlich sind. — Nach dieser Erklärung bat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Gastwirt Ober-Speyer, es möchte dem Herrn Abgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern, der nicht Mitglied des Reichstages ist, gestattet werden, einige Worte zu dieser Erklärung sprechen zu dürfen. Herr Hoffmann hat in Gemeinschaft mit Dr. Wagner-Ludwigshafen eine ähnliche Erklärung aufgestellt, die von Major Louis vorgelesen wurde und gegenüber der der Kreistag Stellung nahm. Der Kreistag hat es jedoch abgelehnt, da Hoffmann kein Mitglied des Reichstages ist. Die Parteien zogen sich darauf zu Beratungen zurück. Die Beratungen dauerten bis 2 Uhr nachmittags an. Die bürgerlichen Parteien lehnten es bisher ab, den autonomen Staat Pfalz anzuerkennen und auch innerhalb der Sozialdemokraten ist wegen dieser Frage eine Spaltung eingetreten. Zur Zeit finden Besprechungen mit General de Metz statt. Am 4 Uhr nachmittags werden die bürgerlichen Parteien ihre Entscheidung in der Angelegenheit kundgeben.

Der Antrag auf Gründung einer autonomen Pfalz abgelehnt.

Speyer, 24. Okt. Der pfälzische Kreistag hat den Antrag, die Pfalz zum selbständigen Staat aufzurichten, einstimmig, also auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten, abgelehnt.

Das pfälzische Sozialistenorgan zu dem Versuch.

Ludwigshafen, 24. Okt. Die Ludwigshafener „Pfälzische Post“, das Hauptorgan der pfälzischen Sozialdemokraten veröffentlicht heute einen Aufruf, der betont, daß die Stunde gekommen sei, wo die Pfalz sich von Bayern loszusagen müsse, nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befinde. Die Vereinigte sozialdemokratische Partei der Pfalz habe die Initiative ergriffen zur Bildung eines selbständigen Staates im Verbande des Reiches, damit die durch das Vorgehen der bayerischen Machthaber schwer gefährdete Pfalz beim Deutschen Reich erhalten bleibe. Die Sozialdemokratie sei bemüht, die anderen Parteien der Pfalz zu bewegen, sich an der Bildung der neuen provisorischen Regierung zu beteiligen.

Der bayerische Ministerpräsident an das pfälzische Volk.

München, 25. Okt. Ministerpräsident Dr. von Knilling erklärt folgenden Aufruf an das pfälzische Volk:

Unverantwortliche Elemente haben nach einer heute eingetroffenen Mitteilung versucht, die Pfalz von ihrem Mutterlande loszureißen und aus ihr einen selbständigen Staat zu machen. Dies sollte geschehen auf den Bajonetten der französischen Besatzungstruppen, mit denen sich diese Elemente anscheinend in Verbindung gesetzt hatten. Sie wollten den zwischen Bayern und dem Reich entstandenen Gegensatz, bei dem eine Trennung Bayerns vom Reich niemals in Frage kommen kann, zum Anlaß nehmen, um eine Unternehmung ins Werk zu setzen, das sich als hochverräterisch am bayerischen Vaterlande darstellt und nicht anders als mit der Loslösung der Pfalz vom deutschen Vaterland hätte endigen können. Der gesunde Sinn der Pfälzer, ihre Treue und ihr starker Glaube an ihr trotz des schwersten Unglücks geliebtes deutsches und bayerisches Vaterland haben den verabscheuungswürdigen Anschlag hochverräterischer Volksgenossen vereitelt. Die bayerische Staatsregierung sagt der pfälzischen Bevölkerung in allen ihren Schichten und Berufen für ihr standhaftes Verhalten und ihre Treue und Anhänglichkeit herzlichsten Dank und höchste Anerkennung, zugleich mit der Versicherung, daß der Pfalz ihre Treue zur bayerischen und deutschen Heimat unvergessen bleiben wird. Bayern und die Pfalz, Gott erhalt's, zum Wohl unseres geliebten deutschen Vaterlandes!

Zur Ausrufung der „Rheinischen Republik“.

Weitere Anstrengungen der Landesvertreter.

Wiesbaden, 24. Okt. Die Separatisten halten nach wie vor die öffentlichen Gebäude besetzt. Die Straßenbahnen verkehren wieder und auch die Geschäfte sind zum Teil wieder geöffnet. In den Vormittagsstunden kam es mehrfach vor dem Arbeitsamt zu erregten Szenen zwischen Arbeitlosen und Separatisten.

Saarbrücken, 24. Okt. Die „Saarbrücker Landeszeitung“ meldet aus Trier: Hier hat heute nachmittag gegen 4 Uhr ein neuer Vorstoß der Sonderbündler stattgefunden. Die öffentlichen Gebäude sind von ihnen wieder besetzt worden. Die Druckerei der „Trierischen Landeszeitung“ u. der „Volkswacht“ wurden zerstört. In der „Volkswacht“ wurde ein junger Mann getötet. Spahis petrouillieren in den Straßen.

Die Gegenaktion der Bevölkerung.

Zülich, 24. Okt. Die Herrschaft der Sonderbündler hat ein rasches Ende gefunden. In mehreren Lastautos waren Stoßtrupps gestern in den ersten Morgenstunden von auswärts hier angelangt. Alle Behörden teilten dem Führer, einem Weinhändler aus Aachen, mit, daß sie nicht arbeiten würden, solange die Sonderbündler sich in dem Gebäude aufhielten. Der Führer, der seine Leute — meist sehr fragwürdige Gestalten — schon mittags nicht mehr in der Hand hatte, ließ den größten Teil wieder abfahren. Ein anderer Sonderbündler rief nachmittags die Herrschaft auf dem Rathaus an sich. Als er den Revolver gegen den Bürgermeister zog, war es mit der Geduld der vor dem Rathaus Kopf an Kopf stehenden Massen vorbei. Männer und Frauen stürzten in das Rathaus, stürzten sich auf den Rest der Sonderbündler und schlugen sie blutig zur Stadt hinaus. Mehrere Sonderbündler, die gefangen genommen wurden, wurden von der Menge ins Polizeigefängnis gebracht. Darauf zog die Menge in die Wohnungen zweier örtlicher Sonderbündler, zerbrach deren Schaufenster und mißhandelte die Inhaber schwer. Nur dem energischen Eingreifen der Behörden verdanken sie es, daß sie lebend ins Krankenhaus gebracht werden konnten.

Berlin, 24. Okt. In einem von zuständigen Stelle in Aachen abgeforderten und hier eingegangenen Telegramm wird über die Befreiung der Stadt Aachen von den Sonderbündlern folgendes berichtet: Das Büro der Sonderbündler wurde in der Nacht auf Dienstag gestürmt und völlig verwüstet. Am Dienstag Morgen wurden die Sonderbündler auch aus dem Rathaus vertrieben, wobei insbesondere die Aachener Feuerwehr tatkräftig half. Bei dem heftigen Kampf wurde eine Person getötet und fünf verwundet. Der stellvertretende Oberbürgermeister Widmann und Regierungsrat Schmidt dankten von der Rathausstreppe aus der Bevölkerung für ihre patriotische Haltung und musterhafte Ordnung. Die Volksmenge sang das Aachener Volkslied. Die Schutzpolizei bewachte den ganzen Tag eine musterhafte Haltung.

Lloyd George über „rheinische Republik“.

Die Franzosen als Urheber der Bewegung.

London, 23. Okt. Einer Reutersmeldung aus Louisville (Kentucky) zufolge erklärte Lloyd George zu der Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen, es bestiehe kein Zweifel, daß französisches Geld hinter der Bewegung stehe, und fügte hinzu, er sei von aller Anfang an der Ansicht gewesen, daß die französische Invasion des Ruhrgebietes in erster Linie den Zweck verfolge die Auflösung des Deutschen Reiches zu erzwingen.

Ausland.

Das Ergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Wien, 22. Okt. Zu den Nationalratswahlen liegen die Ergebnisse bisher aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. Es sind gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche. Der Restimmenzählung sind 4 Mandate vorbehalten. In den 7 Wiener Wahlkreisen verteilten sich die Ergebnisse auf 17 Christlich-Soziale, 27 Sozialdemokraten u. einen Großdeutschen. Bundeskanzler Seipel und die christlich-sozialen Mitglieder der Regierung wurden wieder gewählt, ebenso alle namhaften Führer der Sozialdemokraten. Unterlegen ist im ersten Ermittlungsverfahren von den Großdeutschen außer dem Präsidenten Dinghofer Vizelanzler Frank. Der Ömann der Partei, Randl, wurde wieder gewählt. — Die Christlich-Sozialen haben also die absolute Mehrheit.

Deutschland.

Die Unruhen im Innern.

Berlin, 23. Okt. Auch am Vormittag setzten sich die Lebensmittelunruhen fort. Besonders wurden Bäckereien und Schlächtereien heimgesucht, deren Waren teilweise auf die Straße geworfen wurden. Mehrere Rädelsführer und Haupttäter wurden festgenommen.

Wandsbek, 23. Okt. Heute früh gegen 6 Uhr wurde die Polizeiwache im Amtshaus von etwa 50 Personen gestürmt. Die herbeigerufene Ordnungspolizei nahm sofort eine erfolgreiche Säuberung vor, sodas die Wache sich jetzt wieder in den Händen der Polizei befindet. 3 Beamte, die von den Aufrührern verschleppt worden waren, wurden wieder befreit. Nach den bisherigen Meldungen wurde ein Arbeiter getötet und ein anderer schwer verwundet. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Stettin, 24. Okt. Gestern früh fanden anscheinend wegen Lohnunterschieden Zusammenrottungen der Arbeiter der Vulkanwerft statt. Sie hielten sämtliche Ausgänge der Verwaltungs- und anderen Gebäude besetzt und griffen im Laufe des Vormittags einige Beamte der Schutzpolizei tödlich an. Mittags waren alle Zugänge von der Schutzpolizei gesperrt. Das Werk wurde geschlossen.

Der W

Stutt
folgender

Die

Druck

an Koffi

traurigst

Kaufstra

bar. Wi

gegenüber

stände un

menschl

die sch

Mit dem

getreten

ander v

Ansehen

der Schä

zukunf

größten.

der Gew

ren, die

schon Be

des Bau

nicht au

Brof er

bisher i

kommen

ohne der

zeugnisse

dringlich

Ich verb

Zurückka

handlun

präside

betreffen

den auf

solche M

begründ

ren Han

Verhafte

zuzufüh

Lebensm

markpre

unzulä

gen Lag

die Gol

Selbstw

gleichfal

lichen n

wirdes

Abgabe

ders bil

tet, Bez

lung in

mäßiger

darauf

zahlbar

Kaliforn

über 3

gen, daß

Ernte d

zeit fest

dem Un

rungen

sie die r

städtisch

sind. A

Säumig

holen, z

gemeind

tigten s

die St

folgen

die Neg

Maßnah

habe ge

Ich

amtlich

Rebens

über die

Maßnah

bigen G

Der v

sekretär

sten Ta

Republik.

...halten nach wie
Straßenbahnen
zum Teil wie
es mehrfach
Arbeits-

...Landeszei-
schmittags gegen
stattgefunden.
wieder befehrt
deszeitung" u.
"Volkswacht"
retrouillieren in

...Bändler hat ein
s waren Stoff-
auswärts hier
einem Wein-
müden, solange
iten. Der Züß-
estalten — schon
en größten Teil
rnf nachmittags
r den Revolver
Gebuld der vor
vorbei. Männer
sch auf den Rest
Stadt hinaus.
n wurden, wur-
cht. Darauf zog
Sonderbändler,
Inhaber schwer.
erdanken sie es,
konnten.

...iger Stelle in
n Telegramm
von den Sonn-
der Sonder-
gestürmt und
die Sonder-
obei insbeson-
Bei dem hef-
stümpf verun-
Widmann und
Rathausstreppe
haltung und
das Nachener
ganzen Tag

...publik".
egung.
Louisville
der Ausru-
s bestehe kein
bewegung stehe,
der Ansicht ge-
uhrgebiets in
ng des Deut-

...treich.
liegen die Er-
l. Es sind ge-
aten, 8 Groß-
e vorbehalten.
Ergebnisse auf
Großdeutschen.
Mitglieder der
ambanten Füh-
n Ermittlungs-
identen Ding-
Randf, wurde
also die a b-

...chten sich die
en Bäckereien
teilweise auf
elsführer und
hr wurde die
Personen ge-
nahm sofort
Bade sich jetzt
3 Beamte, die
aren, wurden
en wurde ein
rwundet. Es
en.
scheinend we-
Arbeiter der
Ausgänge der
nd griffen im
uchpolizei tät-
r Schutzpolizei

Der Wehrkreiskommandeur an die Bevölkerung von Stadt und Land.

Stuttgart, 23. Okt. Der Wehrkreiskommandeur erläßt folgenden Aufruf:

In die Bevölkerung von Stadt und Land!

Die Not in unserem Volke hat sich durch feindseligen Druck von außen, durch inneren Zwist und durch Mangel an Rohstoffen und lebenswichtigen Nahrungsmitteln auf traurigste vermehrt. Das Geld des Reiches hat kaum mehr Kaufkraft. Das neue goldwerte Geld ist noch nicht verfügbar. Wir stehen mitten in Tagen ernstester Sorge. Demgegenüber muß sich das ganze Volk, müssen sich alle Berufsstände und Klassen als Notgemeinschaft noch fester zusammenschließen. Nur in gegenseitiger Hilfe können wir über die schlimmsten Zeiten hinweg zu besseren Zeiten gelangen. Mit dem größten Nachdruck muß überall denen entgegengetreten werden, die jetzt noch die Volkstreife gegeneinander verhehen. Ich werde Auswüchsen dieser Art ohne Ansehen der Person und Richtung, von der sie kommen, mit der Schärfe unterdrücken, die unserer äußersten Notlage zukommt. Im Augenblick ist die Not in den Städten am größten. Hunger ist der Keimboden der Verhegung und der Gewalttaten. Die Landwirtschaft darf sich der Geschäfte, die auch ihr aus der Nahrungsmittelnot der städtischen Bevölkerung erwachsen, nicht verschließen. Der Fleiß des Bauern verliert seinen hohen, sittlichen Lohn, wenn nicht auch den Armen in der Stadt daraus das tägliche Brot erwächst. Die diesjährige Ernte muß schneller als bisher in die Hände der hungernden Stadtbevölkerung kommen und der Geldnot muß Rechnung getragen werden, ohne dem Landwirt den berechtigten Entgelt für seine Erzeugnisse zu versagen. Ich fordere alle Erzeugerkreise aufs dringlichste auf, dem Gebot der Stunde gerecht zu werden. Ich verbiete jede Propaganda in Wort und Schrift, die die Zurückhaltung von Lebensmitteln zum Ziele hat. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft. Ich bevollmächtige die betreffenden Ministerien bzw. höchsten Regierungsbehörden auf Grund des Ausnahmezustandes Schutzhaft über solche Verkäufer und Zwischenhändler zu verhängen, die im begründeten Verdacht stehen, Preistreiber und unlauteeren Handel mit Lebensmitteln getrieben zu haben. Die Verhafteten sind alsbald der ordentlichen Gerichtsbarkeit zuzuführen. In gleicher Weise ist gegen Geldbdiebe und Lebensmittelplünderer vorzugehen. Das Ansetzen von Goldmarkpreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist nicht als unzulässig zu bezeichnen, es widerspricht aber der traurigen Lage großer Verbraucherkreise und ist daher angezeigt, die Goldmarkpreise unter den Friedenspreisen zu halten. Selbstverständlich ist die Preisfestsetzung in Papiermark gleichfalls zulässig, die Preisgrenzen haben sich im wesentlichen nach der allgemeinen Marktlage zu richten. Daneben wird es Ehrensache leistungsfähiger Landwirte sein, bei Abgabe von Kleinmengen den Kleinverbrauhern besonders billige Preise zu machen. Jeder Landwirt ist verpflichtet, Bezahlung in Papiermark anzunehmen. Einer Bezahlung in Goldschaganweisungen des Reiches werden zweckmäßigerweise Hindernisse nicht entgegengestellt. Es wird darauf hingewiesen, daß Steuern in Goldschaganweisungen zahlbar sind und ebenso Lieferungen des Stäckstoff- und Kalisynthikats. Die Landwirte fordern ich auf, sofern sie über 3 Morgen Kartoffeln angebaut haben, dafür zu sorgen, daß bis Mitte November wenigstens 30 Proz. ihrer Ernte dem Verbraucher zugeführt sind. Ich werde jederzeit feststellen, ob dieser Mahnung freiwillig in genügender Umfang Rechnung getragen worden ist. Die Regierungen ersuche ich, die Stadtgemeinden zu überwachen, ob sie die nötige Vorsorge dafür getroffen haben, daß auf den städtischen Märkten Kartoffeln im Kleinverkauf verfügbar sind. Andernfalls sind sie dazu anzuhalten und gegen die Säumigen Vollmachten zum Einschreiten von mir einzuholen, zu dem der Ausnahmezustand berechtigt. Die Stadtgemeinden haben ferner bei der Preisbildung für die wichtigsten Nahrungsmittel in der Richtung mitzuwirken, daß die Sprünge, mit denen die Preise der Marktentwertung folgen, keine unerträglich plötzlichen werden. Ich ersuche die Regierungen, auch in dieser Hinsicht solche notwendigen Maßnahmen, zu denen nur der Ausnahmezustand die Handhabe geben kann, mir umgehend in Vorschlag zu bringen. Ich erwarte, daß sowohl die Wirtschaftskreise, wie alle amtlich berufenen Stellen sich mit äußerster Tatkraft der Lebensmittelnot und Teuerung entgegenwerfen, damit wir über die Krisis der nächsten Tage hinwegkommen, bis die Maßnahmen des Reiches zur Schaffung eines wertbeständigen Geldes eine Besserung bringen können.

Der Inhaber der vollziehenden Gewalt im Wehrkreis V, (gez.): Reinhardt, Generalleutnant.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 25. Oktober 1923.

Religiös-ethische Vorträge.

Der vom sommerlichen Wadfest her bekannte Volksbundessekretär A. Springer aus Stuttgart wird in den nächsten Tagen im Bezirk religiös-ethische Vorträge halten (s. Anzeige), die über soziale Gegenwartsfragen handeln, ohne politischen Charakter zu tragen und gerade darum den Besinnlichen willkommen sein werden, die über die Hintergründe der heutigen Not nachdenken und neue Antriebe empfangen wollen. Was an Springer, der lange Jahre Fabrikarbeiter war, immer wieder Eindruck macht und ihm Freunde in allen Schichten gewinnt, ist seine staunenswerte Belesenheit und Bildung, sein warmes Mitempfin-

den mit der Not der Zeit, der Ernst seines sozialen Verantwortungsgedankes nach allen Seiten und die Schlichtheit seiner evangelischen Ueberzeugungstreue. Nach seinem letzten Hiersein schickte ein dem kirchl. Leben fernstehender Arbeiter aus Stuttgart, der zufällig dem Vortrag anwohnte, einer sozial tätigen hiesigen Frau einen großen Betrag von seinem Verdienst — er möchte den Calwer Armen etwas zu lieb tun für das, was er in Calw empfangen habe.

Verkehr mit Vieh und Fleisch.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Da die Nachfrage nach Vieh in Württemberg unter anderem durch die in Bayern durchgeführte Beschränkung des außerbayerischen Handels in letzter Zeit stark zugenommen hat, und dadurch die württ. Versorgung gefährdet wird, ließ sich auch in Württemberg eine verschärfte Kontrolle der außerwürttembergischen Händler nicht länger mehr umgehen. Eine im amtlichen Teil der heutigen Nummer des Staatsanzeigers veröffentlichte Verfügung des württ. Ernährungsministeriums bestimmt, daß Personen, die in Württemberg mit Vieh, frischem Fleisch oder Gefrierfleisch Handel treiben oder gewerbsmäßig Gelegenheit zum Abschluß von Geschäften über Vieh nachweisen wollen, künftig auch wenn sie bereits die Erlaubnis einer nichtwürttembergischen Behörde besitzen, für Viehmärkte und für den Ankauf vom Viehhändler noch eine besondere Erlaubnis der württ. Landesversorgungsstelle, Abteilung Viehverkehr, benötigen. Dasselbe gilt für nichtwürttembergische Metzger und Hersteller von Fleischwaren, soweit sie für ihren Gewerbebetrieb Vieh oder Frischfleisch unmittelbar vom Viehhalter erwerben wollen. Die Verfügung tritt mit dem 1. November in Kraft.

Die Frage der Kartoffelversorgung.

Das Wehrkreiskommando V teilt zur Frage der Kartoffelversorgung mit: Heute Vormittag fand im Wehrkreiskommando in Stuttgart in Gegenwart amtlicher Sachverständigen eine Besprechung des Generals Reinhardt mit Vertretern der Landwirtschaft, der Gewerkschaften und anderer Verbraucherverbände statt. Gegenstand der Besprechung bildete die Kartoffelversorgung, die seitens des Militärbefehlshabers zur Zeit als dringendster Notstand im Rahmen der schwierigen Lebensmittelversorgung der Bevölkerung betrachtet wird.

Die Staatsregierung und der Brotpreis.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Okt. Die Steigerung des Preises für Marktbrot von Dienstag auf Mittwoch von 680 Millionen auf 1,7 Milliarden hat große Bestürzung erregt und das Staatsministerium hat sich am Dienstag noch in einer Nachtitzung mit der Frage beschäftigt, ob eine Herabsetzung möglich sei. Die Frage war zu verneinen. Der Brotpreis ist auf dem Mehleinstandspreis von 150 Milliarden für den Doppelstein berechnete. Dieser Preis liegt erheblich unter dem Marktpreis. Würden die Bäder gezwungen, billiger zu verkaufen, so müßten sie in einigen Tagen erliegen und die Brotversorgung wäre zusammengebrochen. Eine Verbilligung aus öffentlichen Mitteln ist bei der Lage der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen unmöglich; sie würde für Württemberg allein täglich hunderte von Millionen kosten. Auch der Militärbefehlshaber hat sich mit der Frage der Brotpreisherabsetzung beschäftigt, konnte sich aber den dargelegten zwingenden Gründen nicht verschließen. Der Brotpreis in Berlin beträgt seit gestern für die gleiche Menge 2,5 Milliarden, ist also um 800 Millionen höher als heute in Stuttgart. In München kostete das Brot vorgestern, als es hier noch 680 Millionen kostete, schon 1,3 Milliarden. Heute ist der Preis dort 2,4 Milliarden. Die Stuttgarter Bäder haben zugesichert, daß für Donnerstag eine neue Erhöhung nicht eintritt. Es ist angeordnet, daß den Erwerbslosen bei der Donnerstag fälligen Zahlung das Doppelte des bis jetzt bewilligten Betrags ausbezahlt wird. Für die Sozial- und Kleinrentner ist Ausbezahlung bis zum 4fachen Betrag der für die zweite Oktoberhälfte bewilligten Unterstufungen verfügt.

Kleine Anfrage.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Okt. Der Abg. Karl Müller hat namens der Fraktion der Kommunisten eine Anfrage an die Regierung gerichtet, worin er darauf hinweist, daß sich unter den verhafteten Kommunisten zahlreiche Familienväter befinden. Ihre Familien seien dadurch in große Notlage geraten. Er fragt, was das Staatsministerium zu tun gedente, um diesen nothleidenden Familien sofortige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Er weist ferner darauf hin, daß sich ein Teil der Verhafteten in Militärgewächsen befinden und zwar unter Verhältnissen, die mit dem Begriff Schutzhaft nur wenig gemein haben. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um ihnen die Grundbegriffe der Schutzhaft restlos angebeihen zu lassen. Der Abgeordnete will sich mit einer schriftlichen Antwort begnügen.

(Stuttg.) Höfen N. Neuenbürg, 24. Okt. 10—12 betrunkene Burken im Alter von 17—22 Jahren kamen vor den Gasthof zum Ohlen und fragten einen allein davor stehenden auswärtigen Herrn: „Wo bist Du her?“ Als er entgegnete: „Das geht Sie doch nichts an“, wurde ihm ins Gesicht geschlagen, daß das Blut herunterfloß. Der Angegriffene setzte sich mit seinem Stock zur Wehr. Sofort fiel der ganze Haufen über ihn her und schlug auf ihn ein, wobei Rufe fielen: „Steht ihn tot, macht ihn kaputt!“ Dem Angegriffenen, einem Mitte der 30er Jahre stehenden Mann, der den Feldzug mitgemacht hatte, wurde der Stock entzissen, die goldene Uhrkette abgerissen und die Uhr beschädigt. Er suchte sein Heil in der Flucht. Harmlose Passanten, darunter auch Frauen, wurden von den Rohlungen ohne jeglichen Anlaß mißhandelt. Ein jüngerer Herr aus Wildbad erhielt sieben Messerstiche in den Kopf. Ein Herr

aus Forzheim wurde ebenfalls schwer mißhandelt. Eineinhalb Stunden zog sich die Rauferei hin, so daß Landjäger von Neuenbürg alarmiert werden mußten, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

(Stuttg.) Stuttgart, 24. Okt. Infolge der ungeheuren Kosten für Beleuchtung und Heizung sieht sich der Einzelhandel gezwungen, die Geschäfte ab 1. November um 5 Uhr nachmittags zu schließen. Die Lebensmittelgeschäfte werden, um Angestellten u. Arbeitern nach Geschäftsschluß Gelegenheit zum Einkauf zu geben, ihre Verkaufsstellen bis 1/6 Uhr geöffnet halten.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Okt. Ueber den Vorfall in Bisingen, wo es am letzten Sonntag zwischen Nationalsozialisten und Bisinger Arbeitern zu einem blutigen Zusammenstoß kam, ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, eine eingehende Untersuchung eingeleitet. Eine genaue Darstellung des Vorfalles wird folgen, sobald die Erhebungen abgeschlossen sind.

(Stuttg.) Reutlingen, 24. Okt. Bei der Grabenmühle kam es gestern abend und auch nachts wiederholt zu Ansammlungen, die durch die Polizeiherrschaft zerstreut wurden.

(Stuttg.) Gmünd, 24. Okt. Oberbürgermeister Böttigch wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung, worin er um Unterstufungen für alte und kranke Sozial- und Kleinrentner, sowie Erwerbslose bittet.

(Stuttg.) Ulm, 23. Okt. Der verheiratete Schreinermeister Reif nahm sich freiwillig das Leben. Sorgen um das tägliche Leben und um den Beruf waren der Beweggrund zur Tat.

Einschränkung

des Personenverkehrs.

Der Berliner Vertreter des W.L.B. befragte den Reichs-Verkehrsminister, wie es mit den angekündigten Einschränkungen im Personenverkehr stehe. Der Reichsverkehrsminister führte dazu aus: Die Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftslage zwingt die Reichsbahn, alsbald einschneidende Einschränkungen im Personenverkehr vorzunehmen. In einer Zeit, in der vom Reich verschärfte Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft eingeleitet werden, wird sich niemand der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme verschließen können. Mit den bisher üblichen Einschränkungen ist dabei nicht auszukommen. Wenn erfolgreiche Arbeit geleistet, höchste Wirtschaftlichkeit bei geringstem Aufwand und größtmöglicher Befriedigung der wichtigsten Verkehrsbelange erreicht werden soll, wird der Personenzugsfahrplan der Reichsbahn nach kaufmännischen Grundsätzen: „Keine Leistungen unter den Selbstkosten“, von Grund auf neu aufgebaut werden müssen. Ich beabsichtige, folgendermaßen vorzugehen: Schlechtbelegte Schnell-, Eil- und Personenzüge müssen wegfallen. Nur solche Züge dürfen gefahren werden, deren Selbstkosten durch die Einnahmen einigermaßen gedeckt werden. Ausnahmen werden natürlich zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens nicht immer zu umgehen sein. Auch im Auslandsverkehr ist die Beseitigung unwirtschaftlicher Zuläufe erforderlich. Da ihm jedoch für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft besondere Bedeutung zukommt, werden wir vermeiden, irgendwelche Verbindungen mit dem Auslande ganz abzuschneiden. Die beschleunigten Personenzüge, denen bei der wirtschaftlichen Notlage weite Volkskreise in Zukunft erhöhte Bedeutung zukommt, werden möglichst beizubehalten sein. Besonders die Vor-, Nach- und Bedarfszüge verursachen oft in hohem Grade unwirtschaftliche Leistungen. Hier wird die Notwendigkeit besonders geprüft werden. Auch die Möglichkeit, den Personenverkehr auf bestehende Güterzüge oder die Güterbeförderung auf Personenzüge zu verweisen, um dadurch Zugleistungen zu ersparen, wird ernstlich geprüft. Nicht unbedeutende Ersparnisse werden sich erzielen lassen, wenn der Fahrplan mehr als bisher den an Sonn- und Werktagen verschieden gestalteten Bedürfnissen angepaßt wird. Da der Berufsverkehr an Sonntagen größtenteils ruht oder doch geringer ist als an Werktagen muß es gelingen, die sonntäglichen Leistungen besonders im Winter weiter herabzumindern. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die für den Ausflugsverkehr bestehenden Züge nur an solchen Tagen abgefahren werden, an denen es der Verkehrsumfang wirtschaftlich rechtfertigt, sobald sie bei schwachem Verkehr infolge schlechten Wetters ausfallen können. Wenn Ersparnisse erreicht und die Zugstärke nach dem tatsächlichen Bedürfnis bemessen werden soll, ist eine unablässige Beobachtung der Platzausnutzung aller Züge und Klassen natürlich nicht zu entbehren. Die Stärke der Züge muß so festgesetzt werden, daß ein Vorspann nicht erforderlich ist. Auch in der Beifüllung von Schlaf- und Speisewagen können und müssen Ersparnisse erzielt werden. Bei den D-Zügen, die nachmittags beginnen oder ihr Ziel im Laufe des Nachmittags erreichen, können Speisewagen am ersten entbehrt werden. Eine Herabsetzung der Fahrgeschwindigkeit der Züge wird in Frage kommen, wenn hierdurch berechnete Interessens nicht wesentlich geschädigt, aber Ersparnisse an den Zugförderungskosten erzielt werden können. Durch die Einschränkung der Zahl der Aufenthalte können erhebliche Kosten im Kohlenverbrauch erspart werden. In dieser Richtung wurden in größeren Bezirken schon beachtliche Erfolge erzielt. Es ist nicht mehr zu rechtfertigen, daß Schnell- und Eilzüge an Orten mit geringem Verkehrsbedeutung sämtliche oder die Mehrzahl der Personenzüge anhalten. Die Betriebsführung auf den Nebenbahnen gestaltet sich vielfach besonders unwirtschaftlich. Sie wird deshalb ebenfalls eine eingehende Nachprüfung bedürfen, um auch hier zu größerer Wirtschaftlichkeit zu gelangen. Hier werden gegebenenfalls die Züge auf ein oder zwei Paare eingeschränkt werden. Bei starkem Verkehr kann der Pendelverkehr mit nur einer Lokomotive und einer Begleitmannschaft eingerichtet werden. Die Vorarbeiten für diese Betriebsumstellung sind im Gange. Ich hoffe, daß deren Ergebnisse sich bald zum Besten unserer Wirtschaft bemerkbar machen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	63 157 500 000 Mt.
1 Goldmark	15 037 500 000 Mt.
1 Schweiz. Franken	11 328 250 000 Mt.
1 franz. Franken	3 669 150 000 Mt.
1 holl. Gulden	24 661 500 000 Mt.

Der amtliche Mittelkurs von gestern.

Berlin, 24. 10. (Mitteilung der Reichsbank.) Der zur Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist heute, am 24. Oktober, 63 Milliarden Mark.

Heute Ausgabe der Goldanleihe.

Berlin, 24. Okt. Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, werden morgen erstmals Abschnitte der Goldanleihe zu 1, und 5 Dollar in größerer Anzahl in den Verkehr gegeben.

Die Devisenstelle in Württemberg.

(S. B.) Stuttgart, 23. Okt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Kommissar für Devisenerfassung hat auf Grund des § 27 der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten über Devisenerfassung vom 7. September 1923 den Delegierten des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung, Oberregierungsrat Dr. Kümmerlen, als seinen Beauftragten für das Gebiet des Freistaates Württemberg bestellt. Die Geschäftsräume des Beauftragten des Devisenkommissars befinden sich Gymnasiumstraße 1/III, Fernsprecher 11 780 81 und 11491. Telegrammschrift: Ausfuhramt Zweigstelle. Der Beauftragte des Devisenkommissars ist ermächtigt, in dringenden Fällen diejenigen Maßnahmen selbstständig zu treffen, die zur Erfassung unproduktiver Devisen notwendig sind, gemäß §§ 3, 4, 7 und 27 der Durchführungsbestimmungen vom 7. September 1923 Auskünfte zu fordern, Einsicht zu nehmen, Durchsuchungen vorzunehmen, Vorladungen zu veranlassen, Ordnungsstrafen zu verhängen und Sicherstellungen zu bewirken. Er hat die Befugnis, Ausnahmen in Bezug auf Preisstellung und Ablieferung der aus dem Verkauf nach dem Auslande hereinkommenden Devisen im Namen des Devisenkommissars zu gewähren. Anträge auf Ablieferung von Exportdevisen können daher beim Beauftragten des Devisenkommissars eingereicht werden. Das Gebiet der fortlaufenden Bank-, Industrie-, Kredit- und Affidavitprüfung ist zunächst der Zentrale des Devisenkommissars vorbehalten geblieben. Die Tätigkeit des Beauftragten auf diesem Gebiete beschränkt sich vorläufig auf Ermittlungen und Verhandlungen über Einzelfälle.

Anzeigen-Schlüsselzahl 12 000 000

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. B.) Stuttgart, 24. Okt. 63 Milliarden steht der Dollar heute, die Goldmark nach dem Berliner Mittelkurs 15 Milliarden. Trotz aller Ungunst der politischen Lage genügt der Verkauf der Mark, um die Börsenstimmung immer wieder aufs neue zu beleben. Die Interventionstätigkeit der Reichsbank, die sich jetzt auch auf einzelne Auslandsbörsen erstreckt, findet keinen Glauben. Infolgedessen haben sich die Kurse heute wieder auf allen Umschlaggebieten gewaltig erhöht. Von Bankaktien zogen an: Hypotheken 10 000 (20 000), Noten 5000 (12 000), Vereinsbank 13 500 (25 000). Von Brauereiaktien waren höher: Ravensburg 11 500 (17 000), Ehlingen 30 000 (50 000), Rettenmeyer 25 000 (60 000), Rottweil Pfauen 35 000 (60 000), Hohenzollern (45 000 (80 000), Wulle 13 000 (38 000). Unter den Wertpapieren sind als höher zu nennen: Erlangen 70 000 (120 000), Unterhausen 30 000 (40 000), Bietenheim 70 000 (150 000), Kolb und Schille 120 000 (180 000), Pfersee 240 000 (300 000), Kottner 140 000 (300 000), Ruchen 100 000 (200 000), Filz 340 000 (400 000), Weidertstadt 135 000 (200 000), Ehlingen 230 000 (350 000), Blaubeuren 380 000 (500 000). Ebenfalls höher machten die Maschinen- und Metallwerte: Daimler 37 000 (48 000), Luitlingen 275 000 (400 000), Hanja 33 000 (40 000), Höhner 270 000 (480 000), Sunghans 90 000 (120 000), Koch 180 000 (250 000), Köln-Rottweil 215 000 (280 000), Laupheim 150 000 (300 000), Magirus 58 000 (70 000), Ehlingen 59 000 (80 000), Hesser 43 000 (60 000), Weingarten 100 000 (150 000), Geislinger Metall 420 000 (600 000). Von sonstigen Papieren sind als höher hervorzuheben: Anilin 200 000 (360 000), Belfer 2 900 (7 900), Bremen-Besigheim 240 000 (350 000), Heidelberger Zement 35 000 (85 000), Der Tag 18 000 (25 000), Deutsche Verlag 74 000 (100 000), Kaiser Otto 80 000 (100 000), Knopf 30 000 (45 000), Knorr 80 000 (100 000), Leibbrand 18 000 (30 000), Altwürttemberg 40 000 (80 000), Krumm 30 000 (50 000), Metall und Lack 78 000 (90 000), Neckarwerke 40 000 (50 000), Salz Heilbronn 600 000 (1 Milliarde), Wachenheim 55 000 (70 000), Schleppschiffahrt 9 000 (15 000), Bäckermühle 85 000 (100 000), Stuttgarter Gips 200 000 (300 000), Straßenbahn 24 000 (35 000), Vereinsbuchdruckerei 4 500 (8 000), Zucker 85 000 (140 000), Südb. Holz 60 000 (90 000), Union 62 000 (80 000), Oelfabriken 95 000 (130 000), Ziegel Ludwigsburg 30 000 (60 000). Auch im Freiverkehr haben sich die Kurse fast alle verdoppelt und verdreifacht.

Am Ende.

Der Dollarkurs kommt heute früh aus Newyork mit 100 Milliarden Papiermark. Damit ist die deutsche Geldwirtschaft end-

gültig zusammengebrochen und jeglicher Maßstab für die Kaufkraft einer Milliarde verloren gegangen. Die Goldmark bedeutet jetzt 24 Milliarden Papiermark, der Goldpfennig sonach 240 Millionen. Welche Preise uns in den nächsten Tagen für Brot, Kartoffeln, Fleisch, Fett usw. bevorstehen, ist leicht zu errechnen, wenn man die alten Friedenspreise dieser Waren zugrunde legt und den Pfennig in eine Viertelmilliarde Papiergeld umrechnet.

Teure Makulatur.

Ein Bankinstitut in Ebingen lieferte dieser Tage einen großen Handlaren voll Papiergeld bis einschließlich 5000 Mark an eine dortige Pappengroßhandlung als Altpapier ab. Die Kaufkraft, d. h. der Nominalwert der Sendung, die im ganzen 106 Kilogramm wog, beträgt 40 Millionen 457 Tausend Mark, während der ausbezahlte Altpapierwert sich auf 3 Milliarden 28 Millionen 471 Tausend Mark stellte. — Sogar beim 50 000 Mark Schein ist zurzeit der Altpapierwert größer als der aufgedruckte Wert.

Märkte.

(S. B.) Laichingen, 24. Okt. Dem Kirchweihdienstagmarkt waren zugeführt 1 Farnen, 10 Ochsen, 4 Kühe, 16 Kinder, Kalbelen und Jungvieh, 32 Milch- und 5 Läufer-schweine. Der Handel war flau. Milchschweine kosteten ca. 40 Milliarden pro Stück.

(S. B.) Tettnang, 24. Okt. Im Hopfenhandel wurden gestern Preise bis zu 1200 Milliarden bezahlt.

(S. B.) Stuttgart, 24. Okt. (Häuteauktion.) Auf der gestern abgehaltenen Häuteauktion wurden folgende Preise erzielt (in Goldpfennigen): Kuhhäute 30—49 Pfd. 70 Goldpfennig, 50—59 Pfd. 64, 65 bis 67,5, 60—79 Pfd. 64,75; Rinderhäute 20—29 Pfd. 77,5 Goldpfennig, 30—49 Pfd. 78,5—81,75, 50—59 Pfd. 75,5 bis 80, 60—79 Pfd. 70—72,5 Goldpfennig; Ochsenhäute 20—29 Pfd. 78,5, 30—49 Pfd. 76,75, 50—59 Pfd. 71,25, 60—79 Pfd. 72, 80—99 Pfd. 63—63,25, 100 und mehr Pfd. 66; Bullenhäute 20—29 Pfd. 85, 30—49 Pfd. 79,5, 50—59 Pfd. 67,5, 60—79 Pfd. 61,75—65, 80—99 Pfd. 54,5, 100 und mehr Pfd. 49; norddeutsche Häute 50, Kalbfelle unter 9 Pfd. 140 bis 154, über 9 Pfd. 134—149,5, Fresserfelle 103.

Die heutigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Wochen- und Wochenhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Sellmann, Galm. Druck und Verlag der K. Volkshilfen Calw. Badendred. Galm.

Die 2. Nachzahlung

für III. und IV. Oktoberviertel ist den Gehaltsempfängern am 24./25. Oktober 1923 überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Färberei Büßing Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Eutenmann, Lederstr. 91

Wir bringen

alle Monat einmal Industrienummern heraus, die in den maßgebenden Kreisen die größte Beachtung erfahren; sie gelangen an unseren großen Abonentenkreis, der sich über ganz Südwestdeutschland erstreckt, und an viele Groß- und Kleinfirmen unter Kreuzband. Bieten wir damit den Inserenten das beste Werbemittel, so können wir besonders auch mit unserer Spezialbeilage „Auto und Motor“ Industrie und Handel

ständig Aufträge

vermitteln, die für den flotten Geschäftsgang von größter Bedeutung sind. Der Schwäbische Merkur ist stark verbreitet in der gesamten Bürgerschaft, sowie in der Geschäftswelt. Insonderheit sind es die maßgebenden Kreise von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die dem altangesehenen Heimatblatt die größte Beachtung schenken. Verlangen Sie bitte Probenummern und Kostenvoranschlag von der Geschäftsstelle des

Schwäbischen Merkur Stuttgart
Königsstraße 20.

Brief-Umschläge Versand-Taschen

liefert rasch und billig

Tagblatt-
Druckerei.

Wem

an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

Wer

unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

Wer

etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

Wer

keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Ev. Volksbund, Bezirk Calw.

Vorträge über soziale Gegenwartsfragen im Licht evang. Christentums von A. Springer-Stuttgart: 25. Okt. 1/8 Uhr Stammheim (Gemeindeaal), 26. Okt. 1/8 Uhr Althengstett (Schule), 27. Okt. 8 Uhr Calw (Vereinshaus, für die Jugend), 28. Okt. nachmittags 3 Uhr Liebenzell (Gemeindehaus), 29. Okt. 8 Uhr Calw (Vereinshaus), 30. Okt. 8 Uhr Tettnach, 30. Okt. Altburg (alte Schule). Seidermann willkommen.

Mehl
Tausche gegen Obst
und Karoffeln
Adolf Luz.

Pflegestelle
für ein 10 Monate altes, gesundes, kräftiges Mädchen gegen gute Vergütung gesucht. Event. wird das Kind an Kindesstatt abgegeben. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Rammerjäger u. Rattenfänger Wiethüchter, alter, erfahrener Fachmann, ist wieder in Calw und Umgebung und vertilgt radikal unter schriftlicher Garantie Ratten, Mäuse und sämtliche Ungeziefer auch bei gefüllten Scheunen. Referenzen aus ganz Deutschland. Bestellungen erbitten man in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Hochzeitsanzug
Tauscht gegen Lebensmittel, womöglich Karoffeln, Vorstadt 243.

Ca. 8 Ztr. Haber
Tauscht geg. Roggen
Anna Salmon, Witwe, Neuhengstett.

Althengstett.
Ein 4 Monate altes
Zuchtrind
vertauscht geg. Obst,
Heu oder Stroh
Fr. Gröndler.

Schmieh.
Die Gemeinde
verankortiert im
Submissionswege
100 Festsometer Lang-
und Beigeholz zum
Fällen.
Angebote wollen eingereicht werden bis spätestens Samstag, den 27. Oktober, nachmittags 1 Uhr.
Der Gemeinderat.

Sie

schädigen sich selbst,
wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

Vor Schäden bewahren Sie sich,

wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Bezirks gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“. Sie sind dann über Preisbildungen, Räuje und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

Rasch beschlachtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!

Hagen,
größte Sa-
hunderte
Reichsmin-
denhaftis-
Rede des
sei nicht n-
die ganze
dem deut-
trotz diese-
zweifeln,
und neuer
Not laste
das sich a-
Verfügung
werde, für
Not hatte
kein anst-
das sich j-
fuge. Ra-
derzwinge-
sache ände-
mütigen U-
begrüßen
nister fort-
haben und
Waterland
Reichsregi-
und daß f-
keit die be-
der Hoffnu-
des Augen-
den Weg
Der M-
befehlen O-
Reichsregi-
drückung a-
der einer
den, weil
dem Vater-
die körper-
Tag ausge-
was dort
Dann
begrüßt, d-
und Ruhr
der mit u-
Schug fra-
tisten der
Rheinland
bringen.
steden, so
rung des
ein schnelle
belgischen
brauch schli-
schiedenen
kanzler spr-
selbst unter
Kampf füh-
könne. M-
nicht zule-
lischen Qua-
und Ruhr
schen Not.
droht das
teit, der
Schuld an
Vast. Die
fein gegen
Verträge u-